



Departement für Gemeinden und
Finanzen
Rosenweg 4
7001 Chur

Sent, 29. März 2019

Vernehmlassung Gesetzesrevisionen zur Haushaltsflexibilisierung (GrFlex)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Rathgeb
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Vernehmlassungsentwurf der Gesetzesrevision zur Haushaltsflexibilisierung danken wir Ihnen bestens. Gerne halten wir unsere Stellungnahme in zwei Teilen (A Allgemeine Bemerkungen / B Inhaltliche Beispiele für Lastenverschiebungen)

A1 Allgemeine Bemerkungen

Die Erarbeitung eines Entlastungspakets im Sinne eines vorbehaltenen Entschluss begrüssen wir im Grundsatz. Dies entspricht auch dem parlamentarischen Auftrag Kunz und mehreren Voten aus der SVP Grossratsfraktion anlässlich der letzten Budgetdebatten. Was uns jedoch stört, sind vielerorts Lastenverschiebungen zu Ungunsten der Gemeinden. **Wir fordern das Aufzeigen eines Entlastungsprogramms und keinesfalls eines Verlagerungsprogramms.**

Die Absicht durch Einführung des Mantelgesetzes zwei bestehende Gesetze (Fortbildungsgesetz und Gesetz über Mutterschaftsbeiträge) ganz aufzuheben begrüssen wir im Grundsatz.

Die Festlegung der Schwellenwerte als Auslösung für ein Entlastungsprogramm muss politisch noch ausdiskutiert werden. Die vorgeschlagenen Limiten können zum heutigen Zeitpunkt ohne weitere Ausführungen nicht nachvollzogen werden.

Inhaltlich sind aus unserer Sicht insbesondere folgende Punkte zu hinterfragen:

B1 Kulturförderungsgesetz (KFG): Art. 19 Beiträge an Sing- und Musikschulen

Wenn der Kanton nun aufgrund des vorgeschlagenen Art. 19, Abs.2 den Beitrag an die Gemeinden auf bis zu 20% der anrechenbaren Aufwendungen reduziert, so haben die Gemeinden keine Möglichkeit diese Mindereinnahmen zu kompensieren, denn Einnahmeseitig richten sich die Elternbeiträge bereits heute nach der wirtschaftlichen Situation der Eltern und können wohl nicht erhöht werden. Der grösste Kostenblock kann aufgrund KFG, Art. 18, Abs. 2 ebenfalls nicht reduziert werden. Somit führt die Anwendung der neu gewonnen kantonalen Flexibilität zu einer nicht gewollten Lastenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 19 des Kulturförderungsgesetzes nicht anzupassen.



B2 Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG): Art. 40 Defizitabgeltung durch Kanton

Auch hier würde eine Kürzung der kantonalen Beiträge entweder zu einer Lastenverschiebung Gemeinde oder zur Schliessung der Berufsfachschulen führen. Gerade die Berufsfachschulen sind auf Planungssicherheiten angewiesen.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 40 des Gesetztes über die Berufsbildung nicht anzupassen.

B3 Kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen: Art. 5 Persönliche Auslagen

Die Flexibilisierung des Beitragssatzes führt in der Anwendung dazu, dass der Kanton weniger Ergänzungsleistungen zahlt. Es ist anzunehmen, dass dadurch die Unterstützungsleistungen der Gemeinden (aufgrund des kantonalen Unterstützungsgesetzes) ansteigen wird, was letztlich eine nicht gewollte Lastenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden bedeutet.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 5 des kantonalen Gesetzes über Ergänzungsleistungen nicht anzupassen.

B4 Finanzausgleichsgesetz (FAG): Art. 6 Ausstattung

Die Reduktion der gesetzlichen Mindestausstattung beim Ressourcenausgleich bedeutet im Anwendungsfall eine nicht gewollte Lastenverschiebung vom Kanton zu den betroffenen Gemeinden.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 6 des Finanzausgleichsgesetz nicht anzupassen.

B5 Finanzausgleichsgesetz (FAG): Art. 8 Lastenausgleich Soziales

Durch die Einführung von Bandbreiten bei der Bemessung der SLA-Beiträgen schafft sich der Kanton ein Einsparpotential (gemäss Erläuterungen von 25%). Dieses Einsparpotential geht jedoch direkt zu Lasten der betroffenen Gemeinden, was eine nicht gewollte Lastenverschiebung bedeutet.

Weiter hat der Grosse Rat keinen Einfluss auf die Höhe der Beitragssätze, da dies von der Regierung festgelegt werden.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 8 des Finanzausgleichsgesetz nicht anzupassen.

B6 Finanzausgleichsgesetz (FAG): Art. 10

Mit einer Reduktion der gesetzlichen Mindesteinlage tritt im Anwendungsfall ebenfalls eine Lastenverschiebung vom Kanton zu den betroffenen Gemeinden auf. Dies widerspricht dem einleitenden Grundsatz von GrFlex.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 10 des Finanzausgleichsgesetz nicht anzupassen.

B7 Finanzausgleichsgesetz (FAG): Art. 11 Dotierung der Mittel

Mit einer Reduktion des gesetzlichen GLA-Mindestvolumens tritt im Anwendungsfall ebenfalls eine Lastenverschiebung vom Kanton zu den betroffenen Gemeinden auf. Dies widerspricht dem einleitenden Grundsatz von GrFlex.

Wir beantragen deshalb den heutigen Art. 11 des Finanzausgleichsgesetz nicht anzupassen.

Unsere Auflistung der erkennbaren Lastenverschiebungen (Kanton zu Gde) hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wir erwarten jedoch, dass solche Mechanismen konsequent vermieden werden. Die grundsätzliche Stossrichtung dieser Vorlage können wir unterstützen. Jedoch die vielen inhaltlichen Lastenverschiebungen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit der Stellungnahme und die Beachtung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

SVP Graubünden

NR Heinz Brand, Parteipräsident

Reto Rauch, Parteisekretär